

Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 3. Juni 2013

Verfasser: Thomas Wirth

Rückzug des Rahmengesuchs der AXPO für ein neues AKW (Barbara Schaffner)

Die glp verlangte nach der Katastrophe von Fukushima, dass der Kanton Zürich sich für einen Rückzug des Rahmengesuchs der Axpo für den Bau eines neuen AKW einsetzt. Die meisten Parteien schätzen den Bau eines neuen AKW's für die nächsten Jahre als nicht realistisch ein. Trotzdem möchten sie im Unterschied zur glp den Rückzug nicht realisieren.

Neben dem Offenhalten der AKW-Option geht es vor allem um eine potentielle Entschädigung durch den Bund für den Planungsaufwand, die sich der Regierungsrat nicht verscherzen möchte.

Für die glp ist klar, dass der Kanton Zürich die Energiewende beschliessen und mit aller Kraft vorantreiben muss. Als Miteigentümerin der AXPO soll der Kanton Verantwortung für eine zukunftsfähige Energiepolitik übernehmen.

Der Ausstieg aus der Atomenergie wurde zwar durch die BDP und andere Parteien während der Ratsdiskussion unterstützt. Trotzdem weigern sich diese, die dafür notwendigen Beschlüsse zu fassen. Sie unterstützen das «Rumgeeiere» des Regierungsrates in der Energiepolitik. Der Antrag der glp wurde mit 71 zu 93 Stimmen abgelehnt.

Schutz älterer Bäume durch Änderung des Planungs- und Baugesetzes (Eva Gutmann)

Die glp forderte in einer Motion, dass der Schutz älterer Bäume im Siedlungsgebiet in den Gemeinden wieder vereinfacht zugelassen wird. Damit hätten die Gemeinden die Möglichkeit, ältere und dickere Bäume pauschal zu schützen, ohne dass in jedem Fall vorsorglich eine teure Einzelfallprüfung durchgeführt werden müsste. Das Verlangen nach weniger Schutz und mehr Bürokratie wurde von der SVP, FDP, aber auch den Grünen gefordert. Somit kann die Baumschutzverordnung in der Stadt Zürich nicht in Kraft treten. Jede Gemeinde muss nach dem Willen des Kantonsrats teure Einzelfallabklärungen vornehmen.

Verminderung des Eintrags von Schad- und Nährstoffen aus der Landwirtschaft in Oberflächengewässer (Thomas Wirth)

Die glp wehrte sich erfolgreich gegen eine Aufweichung des Gewässerschutzes durch die Grünen. Diese verlangten, dass trotz dem Verbot durch das Gewässerschutzgesetz in den Gewässerräumen eine intensive landwirtschaftliche Nutzung zulässig sein soll, sofern diese nach den Kriterien des biologischen Landbaus zertifiziert ist. Weder Erosion noch der Eintrag von Stickstoff oder Phosphor wird aber durch den biologischen Anbau verhindert und auch Pflanzenschutzmittel des biologischen Landbaus können in den Gewässern massive ökologische Schäden anrichten.

Nutzung von leer stehenden landwirtschaftlichen Bauten (Andreas Hasler)

Ebenfalls erfolgreich, wenn auch knapper, wehrten die Grünliberalen mit einer Ratsmehrheit einen Vorstoss der EVP ab, welcher die Nutzung leerstehender landwirtschaftlicher Gebäude erleichtern wollte. Damit würde die Trennung des Baugebietes und Nicht-Baugebietes aufgeweicht und viele der kürzlich erzielten Fortschritte bei der Raumplanung würden nichtig. Die Zersiedelung würde noch schneller voranschreiten. Wünschenswert wäre vielmehr, dass weniger Ausnahmegewilligungen erteilt werden und der Rückbau nicht mehr benötigter Gebäude verstärkt wird. Damit steigt auch der Wert der verbleibenden freien Landschaft.

Zugangsnormen ohne Baulandverschleiss (Andreas Hasler)

Der Rat überwies ohne unsere Unterstützung einen Vorstoss, der die Überarbeitung der Anforderungen an die Erschliessung von Grundstücken und Anlagen fordert.

Verdichtetes Bauen führt zu einer intensiveren Nutzung der Fläche, weshalb mehr Verkehrsflächen benötigt werden, damit die Menschen zu diesen Gebäuden hin und auch wieder weg gehen können. Die Verkehrswege sind aber auch für die Belüftung und als Lichtraum im verdichteten Bauen wichtig. Eine Verkleinerung schränkt diese Funktionen ein und verhindert damit Lebensqualität in verdichteten Räumen.

Dezentralisierung von Arbeitsplätzen in der kantonalen Verwaltung (Thomas Wirth)

Zum Abschluss folgte eine Diskussion über dezentralisierte Arbeitsplätze in der kantonalen Verwaltung. Ein solches Modell hat für die glp überwiegend Vorteile, beispielsweise bezüglich der Belastung der Arbeitswege am Morgen. Mögliche Nachteile oder Schwierigkeiten sehen die Grünliberalen bei den Auswirkungen auf die Zusammenarbeit in einem Team. Die glp begrüsst es, wenn solche Überlegungen im Rahmen der Postulatsantwort vertieft geprüft werden. Eine knappe Mehrheit stimmte mit uns dieser Prüfung zu.